

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Caren Lay, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Kerstin Kassner, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Urbanisierung in den Ländern des Südens – Staatliche und kommunale Funktionen stärken, Privatisierung verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das beschleunigte Städtewachstum in Asien, Afrika und Lateinamerika vollzieht sich unter erheblich anderen Bedingungen als die Urbanisierung in Europa vor anderthalb Jahrhunderten. Sie wird in vielen Ländern durch Faktoren ausgelöst und gesteuert, die nicht im Ermessen der lokalen oder nationalen Akteure liegen. Sie wird bestimmt durch eine globale Handelspolitik, die in den ländlichen Regionen des Südens die Existenzgrundlagen bäuerlicher Wirtschaft vernichtet, ohne zugleich Existenzgrundlagen in den urbanen Räumen zu schaffen. Im Gegensatz zu Europa, wo sich die Urbanisierung parallel mit der Industrialisierung und der damit verbundenen Schaffung von neuen Arbeitsplätzen vollzog, wird im Süden eine selbstbestimmte Industrialisierung behindert, weil die Länder in Handelsverträgen auf den Abbau wichtiger Steuerungsinstrumente wie Importzölle und Exportquoten festgelegt werden. Unter diesen Bedingungen entwickeln sich die Städte des Südens zu Werkbänken niedriger Fertigungsstufe oder zu riesigen Märkten, auf denen die Billigimporte aus Europa, Nordamerika und Asien gehandelt werden, aber kaum Wertschöpfung stattfindet. In Reaktion darauf entwickeln die Familien diversifizierte Einkommensstrategien, um ihr Überleben zu sichern: Ein Teil der Familie arbeitet in der Stadt im informellen Handel oder an der Werkbank, ein anderer Teil verbleibt im ländlichen Sektor. Aus diesen ökonomischen Bedingungen resultieren prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen und eine hohe Verwundbarkeit der neuen Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen. Der Zugang zu Wasser, Energie, Gesundheit und Bildung ist oft nicht gewährleistet.

In der Auseinandersetzung um den städtischen Raum bei weitgehender Abwesenheit staatlicher Regulierung vollziehen sich in den Ländern des Südens zugespitzte Segregationsprozesse. Die arme Bevölkerung ist von den Veränderungen am stärksten negativ betroffen. Teils durch die ungebremste Wirkung des kapitalistischen Bodenmarktes, teils unter Anwendung von Gewalt, sehen sie sich von Verdrängung aus ihren angestammten Wohngebieten bedroht, sind gezwungen, sich in unerschlossene und teilweise gefährdete Randlagen zurückzuziehen. Stadtentwicklung vollzieht sich vielfach als ungeplanter Prozess, dessen Ergebnisse die Kräfteverhältnisse in

der Flächenkonkurrenz widerspiegeln, in dem aber keine öffentliche Planung wirksam wird. Nicht die lokale Bevölkerung und ihre gewählten Vertreter, sondern private Profitinteressen entscheiden darüber, wie sich Stadtgebiete entwickeln. Dabei handelt es sich vielfach um globale Investoren, die die Stadtentwicklung prägen: Shopping Malls, Erlebnisparks, Bürohochhäuser, Stadtautobahnen verdrängen lokale Bevölkerung und lokales Gewerbe und vereinheitlichen das Antlitz der Städte rund um den Globus.

Dazu haben die Strukturanpassungsprogramme der 90er-Jahre in den Ländern des Südens ebenso beigetragen wie die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in den Ländern des Nordens. Privatisierungen haben die Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen und den Zugang von großen Teilen der Bevölkerung zu Leistungen der Daseinsvorsorge erschwert. Zugleich haben sich große Kapitalien gebildet, die in private Infrastrukturprojekte oder im Angebot von privatisierten Dienstleistungen investiert werden. Sie ersetzen zunehmend die öffentliche Hand, die im Zuge neoliberaler Umverteilungspolitik geschwächt wurde.

Viele dieser Prozesse sind auch den Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohnern in Deutschland bekannt. Die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus und der aktiven Mietpreisgestaltung ebenso wie die immer noch fortdauernde Privatisierung von Wohnungen aus kommunalem, Landes- oder Bundesbesitz führen auch hier zu Verdrängung und sozialer Segregation. Die Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge, etwa der Wasser- und Energieversorgung, und der Betrieb von öffentlichen Einrichtungen in öffentlich-privaten Partnerschaften haben den Zugang zu wichtigen Leistungen vielfach eingeschränkt und verteuert, haben die Kommunen viel Geld gekostet und werden deshalb vielfach wieder rückgängig gemacht. Hier gibt es vielfältige Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches mit Kommunen in den Ländern des Südens, die aktiv genutzt werden müssen.

In einigen Ländern des Südens wird versucht, Stadtentwicklung wieder zu einem gesellschaftlich gesteuerten Prozess zu machen, das heißt zu demokratisieren und vom Vermarktungsdruck zu befreien. In Venezuela sind vom Staat geförderte soziale Nachbarschaftsprojekte (misiones), Haus- und Fabrikbesetzungen sowie die Gründung von kommunalen Räten wesentlicher Bestandteil der Stadtentwicklung. Die Entwicklung des Städtesystems in Kuba ist dadurch gekennzeichnet, dass die Hauptstadt Havanna über die letzten Jahrzehnte nicht überdurchschnittlich schnell angewachsen ist, sondern die Mittelstädte und die ländlichen Kommunen eine wesentlich stärkere Rolle spielen in der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, Wohnraum und sozialen Dienstleistungen als in vergleichbaren Nachbarländern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Partnerschaften deutscher Kommunen mit Kommunen in den Ländern des Südens aktiv zu fördern und den Titel 685 71 Förderung des Kommunalen Engagements im Kapitel 2302 des Bundeshaushaltes (Etats des Entwicklungsministeriums) im Haushaltsentwurf deutlich zu erhöhen;
2. bei Regierungsverhandlungen die Interessen von Kommunen zu beachten und die Kommunen sowohl aus Deutschland als auch aus dem jeweiligen Partnerland nach Maßgabe des Partnerlands einzubinden;
3. im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die staatlichen und kommunalen Versorger in den Ländern des Südens zu stärken sowie kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau zu unterstützen;
4. den Aufbau sozialer Sicherungssysteme wie Arbeitslosen-, Berufsunfähigkeits- und Rentenversicherungen in den Ländern des Südens ausschließlich im Rahmen staatlicher Trägerschaft zu unterstützen;

5. im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Stellung der Kommunen und die Mitwirkung der Bevölkerung an Stadtentwicklungsprozessen zu stärken und dabei den Schwerpunkt auf den Aufbau städtischer Funktionen in mittelgroßen und kleinen Städten zu legen;
6. in allen urbanen Infrastrukturprojekten, die im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt werden, aktiv die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung zu suchen und zu fördern;
7. sich nicht an Privatisierungen oder der Umwandlung öffentlicher Leistungen in öffentlich-private Partnerschaften zu beteiligen;
8. einen kommunalen Austausch über die Rückführung privatisierter oder in öffentlich-privater Partnerschaft betriebener Leistungen der Daseinsvorsorge in kommunale Verantwortung zwischen Kommunen in Deutschland und in den Partnerländern zu befördern;
9. die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Land und Stadt zu fördern und für den Aufbau von lokalen Wertschöpfungsketten zu nutzen mit dem Ziel, wirtschaftliche Perspektiven auch im ländlichen Raum zu schaffen und somit die Abwanderung aus dem ländlichen Raum zu verringern;
10. in der Europäischen Union auf eine Neuausrichtung der Handelspolitik zu drängen, die auf Liberalisierungsforderungen verzichtet und die es den Handelspartnern im Süden ermöglicht, ihre Landwirtschaft und Industrien im Aufbau vor Verdrängungswettbewerb zu schützen, und
11. die umfangreichen Handelsabkommen CETA, TTIP und TISA zu stoppen, da sie massiv in die kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten über die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge eingreifen und unwiderruflich Liberalisierungen vorantreiben.

Berlin, den 16. Juni 2015

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

